



2

- Radschnellwege, Sprinti
- Modellprojekt „Wege ins Bleiberecht“

3

- Konzept für Antidiskriminierungsstelle
- e.coSport

4

- Gaseinsparungen
- Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung

5

- Wasserknappheit, Ursachen und Lösungen

MOBILITÄT

Planung und die Umsetzung von drei weiteren Radschnellwegen in der Region Hannover

Im „Aktionsprogramm Verkehrswende pro Klima 2035“ hat sich die Region Hannover das Ziel gesetzt bis 2035 die Nutzung von Radwegen im Verhältnis zu allen Wegen pro Tag von 17% auf 26% zu steigern. Deshalb wollen wir die Regionsverwaltung beauftragen, neben den drei sich gerade in der Umsetzung befindlichen Radschnellwegen, bis zum Ende des Jahres ein Konzept für die Planung drei weiterer Radschnellwege zu erarbeiten. Wir denken dabei an die Korridore Pattensen, Gehrden und Burgdorf.

Sprinti

Die Flottengröße des On-Demand-Systems der Region Hannover sprinti wird ab dem 01.07.2022 um 6 zusätzliche Fahrzeuge erhöht. Aufgrund der hohen Nachfrage ist dieser Schritt notwendig. Aktuell nutzen am Tag mehr als 1.000 Kundinnen und Kunden des Großraum-Verkehr Hannover (GVH) dieses Angebot. Die Nachfrage hat sich somit in den letzten vier Monaten um 34 % erhöht. Im Mai waren es 13.272 in Springe, 12.084 in der Wedemark und 6.355 in Sehnde. Darüber hinaus ist festzustellen, dass u. a. durch die Einführung des 9-Euro Tickets die Nachfragezahlen im Juni weiter gestiegen sind.

TEILHABE UND INTEGRATION

Modellprojekt „Wege ins Bleiberecht“ in der Region Hannover

Mit fortschreitender Aufenthaltsdauer wird die Bundesrepublik für viele Geduldete faktisch zu ihrem Lebensmittelpunkt. Der Gesetzgeber hat darauf reagiert und eine Reihe von Regelungen getroffen, um Geduldeten ein Bleiberecht zu ermöglichen. Doch nur eine Minderheit der Langzeitgeduldeten, die die zeitlichen Voraussetzungen für ein Bleiberecht erfüllen, hat bislang eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Sei es, weil der Lebensunterhalt nicht ganz ausreicht, sei es, weil formale Voraussetzungen wie z.B. die Vorlage eines Heimatpasses nicht erfüllt werden konnten. Es liegt insofern im öffentlichen Interesse, die Betroffenen systematisch zu beraten und durch gezielte Unterstützung dafür zu sorgen, dass die Betroffenen ein Bleiberecht erhalten können.

Der unsichere Status von langzeitgeduldeten Personen ist mit vielen substantiellen Einschränkungen im Alltag der Betroffenen verbunden (bspw. Ausbildungs- und Arbeitsverbote), was auch in der Region Hannover zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen – trotz guter Voraussetzungen für ein Bleiberecht – führen kann.

Deshalb wollen wir, dass die Region Hannover mit dem Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. eine Kooperationsvereinbarung abschließt, um behördliche Ermessensspielräume für eine bleiberechtsorientierte Perspektive für Menschen mit Duldungsstatus auf der Grundlage bestehender zu entwickeln und somit eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu ermöglichen.

Mehr unter:

https://regionsfraktion-gruene-hannover.de/sites/gruene-hannover.de/files/antrag_0898_v_ant_modellprojekt_wege_vo.pdf

Konzept für Antidiskriminierungsstelle

Die Gesellschaft der Region Hannover ist bunt und vielfältig und lebt von einem solidarischen Miteinander. Gleichwohl gehören Rassismus und Diskriminierung für viele Menschen in der Region Hannover zum Alltag.

Bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben sich die Beratungsanfragen zum Merkmal „ethnische Herkunft/rassistische Diskriminierung“ von 2015 bis 2019 verdoppelt (von 545 Anfragen auf 1.176 Anfragen). Da Antidiskriminierungsarbeit bisher überwiegend von Nichtregierungsorganisationen und Beratungsstellen geleistet wird, die teilweise ehrenamtlich tätig sind und kein flächendeckendes Angebot vorhalten können, soll die Region Hannover bestehende Lücken schließen und die erforderliche Unterstützung für Opfer von Rassismus und Diskriminierung sicherstellen.

Deshalb wollen wir, dass die Verwaltung unter Beteiligung einschlägiger Organisationen und der lokalen Integrationsbeiräte ein Konzept für eine Antidiskriminierungsstelle innerhalb der Regionsverwaltung erarbeitet.

UMWELT/KLIMA

Finanzielle Förderung energetischer Sportstättenanierung in der Region Hannover (e.coSport Richtlinie)

Die Richtlinie über die finanzielle Förderung energetischer Sportstättenanierung (e.coSport) gehört seit 2002 zu den erfolgreichsten Förderrichtlinien mit einer hohen Nachfrage in der Region Hannover. Alleine im vergangenen Haushaltsjahr 2021 bekamen sechs Sportstätten eine Förderung durch die Region. Durch die geförderten Umrüstungen werden circa 45 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart.

Werden die CO₂-Ersparnisse von einer Umrüstung der Flutlichtanlagen auf LED jedoch mit einer energetischen Sanierung der Heizungsanlage auf beispielsweise PV-Anlagen und Wärmepumpe verglichen, ist es offensichtlich, dass die Ersparnisse bei einer Umrüstung der Heizungsanlage deutlich größer sind. Laut Berechnungen von Gunther Seckmeyer (Mitglied des Klimawaisenrates) können durch die Installation von Solaranlagen und einer Wärmepumpe 85 Mal mehr CO₂ pro eingesetztem Euro im ersten Jahr eingespart werden.

Auf die Lebensdauer der PV-Anlagen von circa 20 Jahren ergibt sich folglich ein Faktor von 1711. Statt der anfänglich erwähnten 45 Tonnen könnten mit dem Ausbau von PV-Anlagen 77.000 Tonnen CO₂ eingespart werden.

Um die Vereine in der Region bei einer solch kostenintensiven, aber für das Ziel der Klimaneutralität so wichtigen Umrüstung auf eine CO₂-neutrale Heizungsanlage finanziell zu unterstützen, soll die Eigenbeteiligung der Vereine auf 5 Prozent herabgesetzt werden.

Gaseinsparungen der Regionsverwaltung aufgrund der Alarmstufe des Notfallplans Gas der Bundesregierung

Am 23. Juni hat der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck die zweite Alarmstufe des Notfallplans Gas ausgerufen und Gas ab sofort als „knappes Gut“ bezeichnet. Verschiedene Szenarien des BMWI führen fast alle zu dem Erkenntnis, dass im kommenden Winter zu wenig Gas zur Verfügung stehen wird.

Auch die Regionsverwaltung hat sich ja mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 ein ambitioniertes Ziel im Klimaschutz gesetzt, das jetzt durch den Ukraine-Krieg und die Gaseinsparungen noch beschleunigt werden muss. Deshalb fragen wir, inwieweit sie als gutes Vorbild vorausgeht und versucht Gas einzusparen.

Mehr unter:

https://regionsfraktion-gruene-hannover.de/sites/gruene-hannover.de/files/2022_anfrage_gaseinsparungen_regionsverwaltung_0.pdf

Photovoltaikanlagen und Dachbegrünung auf regionseigenen Liegenschaften

Das vom Bundeskabinett im April 2022 beschlossene und sehr ambitionierte Ziel, dass die Stromversorgung der Bundesrepublik bis zum Jahr 2035 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen soll, ergibt sich als direkte Folge aus dem Krieg in der Ukraine. Die wichtigste Säule, um dieses Ziel zu erreichen, ist neben dem Ausbau der Windenergienutzung der Photovoltaikausbau.

Deshalb beraten wir gerade mit unserem Koalitionspartner SPD über einen Antrag, der zum Ziel hat, dass auf allen Dächern oder an Fassaden regionseigener Liegenschaften Photovoltaikanlagen installiert werden. Dabei ist eine Kombination aus PV-Anlagen und Dachbegrünung sinnvoll, da es verschiedene positive Synergieeffekte gibt. Dazu gehört die Ertragssteigerung von ca. 4 Prozent (ZinCo Studie), die sich aufgrund des Kühlungseffektes durch die Dachbegrünung einstellt.

Wasserknappheit, Ursachen und Lösungen

Zu unserer Veranstaltung „Wasserverwende“ hatten wir namhafte Wissenschaftler*innen und den zuständigen Fachbereich der Region Hannover eingeladen. Neben Hintergrundinformationen zur aktuellen Dürre, der Lage des Fuhrberger Feldes, dem Umgang mit den Verträgen zwischen energy und der Region Hannover wurden mit Frau Prof. Dr. von Haaren (Leibniz Universität) grundsätzlich vier Basisempfehlungen erörtert: Die Landschaft und ihre Funktionen müssen auf den Klimawandel reagieren bzw vorbereitet werden. Dabei sind Wasserverteilung, Wasserverfügbarkeit in Zeit und Raum zu beachten:

- 1.) Klare Regeln und Modelle zur Wasserverteilung in Wassermangelzeiten unter Einbeziehung des Wasserbedarfs der Biodiversität.
- 2.) Hydrologische Maßnahmen zur Umkehrung des Prinzips des schnellen Wasserabflusses aus der Landschaft zu einem Prinzip der Schwammlandschaft. Puffer um empfindliche Gebiete
- 3.) Gezielte (Wieder-)Vernässung von Feuchtgebieten und organischen Böden
- 4.) Umsetzung mit Planung, Flurbereinigung, Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz

Nachfragen an michael.horn@regionsversammlung.de

Die Mitglieder der Fraktion und ihre Zuständigkeiten:

Soziales, Wohnen, Gesundheit, Teilhabe

Antje Pund
Christian Hinrichs
Simone Meyer
Nicole van der Made

Wirtschaft und Beschäftigung

Malte Lohmann
Claudia Goertzen
Eike Lengemann
Oliver Kluck

Schule, Kultur, Sport

Dirk Grahn
Eike Lengemann
Oliver Kluck
Christian Fleer

Regionalplanung und Naherholung

Michael Horn
Doeen Römer
Ulrich Schmersow
Simone Meyer

Jugendhilfe

Nicole van der Made
Malte Lohmann

Feuerschutz, Ordnungsangelegenheiten

Dirk Grahn
Michael Horn
Oliver Kluck
Birgit Ballweg

Umwelt und Klima

Michael Horn
Ute Lamla
Lilly Pietsch
Ulrich Schmersow

Mobilität

Christian Fleer
Eike Lengemann
Lilly Pietsch
Doreen Römer

Abfall

Christian Fleer
Oliver Kluck
Birgit Ballweg
Michael Horn

Finanzen, Gleichstellung, Personal

Antje Pund
Evrin Camuz
Sinja Münzberg
Claudia Goertzen

Der Kontakt zu den Abgeordneten ist einfach:

per Mail unter Vorname.Nachname@regionsversammlung.de
oder über die Geschäftsstelle 0511 616 22084